

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Ing. Lugar, Kaufmann-Bruckberger, Markowitz, Tadler, Hagen
betreffend „Stopp dem millionenteuren Wanderzirkus der Bürokraten zwischen
Brüssel und Straßburg“**

*eingebraucht im Zuge der Debatte zur EU-Erklärung des Bundeskanzlers sowie des Vizekanzlers
gemäß § 74b Abs. 1 lit. b der Geschäftsordnung des Nationalrates zum Zwecke der Erörterung der
Ergebnisse des Europäischen Rates vom 7. und 8. Februar 2013*

Laut den EU-Verträgen ist Straßburg zwar der offizielle Sitz des EU-Parlaments, doch nur einmal im Monat tagen die Parlamentarier in der Elsass-Metropole in Frankreich. Die übrigen Sitzungen finden in der belgischen Hauptstadt Brüssel statt, wo die Ausschüsse und Fraktionen zusammentreten.

Auf rund 200 Millionen Euro im Jahr werden die Ausgaben für diesen „europäischen Wanderzirkus“ inzwischen geschätzt. Das bedeutet im Detail: Für zwölf Sitzungen des Europaparlaments im Jahr müssen 752 Beamte und Mitarbeiter regelmäßig zwischen Brüssel und Straßburg hin- und herpendeln. Die Kosten dafür tragen die europäischen Steuerzahler mit ihren EU Beiträgen und hier insbesondere Nettozahler wie Österreich.

Im Jahr 2012 gab es dazu bereits einen vernünftigen Vorstoß von Europaabgeordneten im Rahmen einer Resolution, die sich mehrheitlich für nur einen einzigen Sitz anstelle des bisherigen Wechsels zwischen Brüssel und Straßburg ausgesprochen haben.

Ironischerweise haben hier die Vertreter der Bürger aller EU-Länder im Rahmen der Abstimmung über den EU-Haushalt für 2013 den Ministerrat aufgefordert, endlich aktiv zu werden. Diese Resolution wurde mit einer breiten Mehrheit von 548 Ja-Stimmen gegenüber 69 Nein-Stimmen angenommen. Die betroffenen Abgeordneten sehen in einem einzigen Sitz erforderliche Einsparungsmöglichkeiten und sind der Meinung, dass das Parlament das Recht haben sollte, über seine eigene Arbeitsweise zu entscheiden.

Im Rat selbst blockiert Frankreich diese sinnvolle Maßnahme.


Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich umgehend auf Europäischer Ebene mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einzusetzen, den EU-Vertrag in der Form abzuändern, dass der millionenteure Wanderzirkus der Bürokraten zwischen Brüssel und Straßburg eingestellt, und Brüssel der alleinige Tagungsort wird.“

Wien, am 19. Februar 2013



www.parlament.gv.at